



„Taxiunternehmen“ Polizei?!

Eine auszugsweise Betrachtung des Vorführ- und Schubwesens bei der Polizei in Bayern



Nachdem es mit der Verstärkung durch echtes Personal auf den Dienststellen vor Ort vermutlich noch etwas dauern wird und die Aufgabemehrung keinen Stopp kennt, hier ein anderer Ansatz,

welcher aus unserer Sicht erheblich zur Entlastung beitragen könnte.

Das Vorführ- und Schubwesen bei der bayerischen Polizei dürfte dem (kundigen) Leser hinreichend bekannt sein. Für den „Unwissenden“ eine ganz kurze Erklärung: Zwei Kollegen fahren zu einer Justizvollzugsanstalt (JVA), holen dort den für den Gerichtstermin vorgeladenen inhaftierten Zeugen ab und fahren diesen zur Gerichtsverhandlung in das jeweilige Amts- oder Landgericht. Dabei ist es unerheblich, wie lange die Kollegen für diesen einen Vorgang unterwegs sind bzw. wie lange ihre Arbeitszeit an diesem Tag sein wird. Auf die mögliche Fluchtgefahr und die erhöhte Eigensicherung möchten wir hier nur am Rande hinweisen.

Eine Recherche in Bayern ergab, dass ab dem Jahr 2013 jährlich über 200 000 Stunden für den gerichtlichen Vorführdienst durch Polizeibeamte erledigt wurden. Tendenz: steigend! Bei diesem Wert sind aber noch nicht einmal die Abschiebungen, die Abschiebehaft- und sonstigen Fahrten, wie z. B. die Fahrt zur Passbeschaffung, mitberücksichtigt. Der Spitzenreiter im Jahr 2014 war das Polizeipräsidium München mit über 64 000 Stunden, gefolgt vom Polizeipräsidium Oberfranken mit über 27 000 Stunden.

Ein möglicher Lösungsansatz zur Entlastung könnte bereits folgende gesetzliche Vorgabe sein: Im April 2013 wurde im Bundesgesetzblatt das „Gesetz zur Intensivierung des Einsatzes von Videokonferenztechnik in gerichtlichen und staatsanwaltschaftlichen Verfahren vom 25. 4. 2013“ verkündet,

welches ein paar Monate später in Kraft getreten ist (BGBl. I Seite 935).

Dieses Gesetz sieht diverse Änderungen in den verschiedenen Verfahrensordnungen der unterschiedlichen Gerichtszweige vor, so z. B. im Rahmen von Zivil- bzw. Strafverfahren. Die jeweilige Verfahrensordnung ermöglicht es nunmehr grundsätzlich, dass sich beispielsweise ein Zeuge während einer Vernehmung an einem anderen Ort aufhalten kann als die vernehmende Person. Diese Vernehmung wird sodann zeitgleich in Bild und Ton an diesem Ort und in das Sitzungs- bzw. Vernehmungszimmer übertragen.

D. h., dass nicht jeder JVA-Insasse, welcher als Zeuge vor Gericht erscheinen muss, auch unbedingt von unseren Kollegen dorthin transportiert werden muss.

Nachdem der Gesetzgeber diesen Weg eröffnet hat, sollten wir diesen auch beschreiten und mit dem Stand der Technik – in einer Welt der stetigen Digitalisierung und Modernisierung – mitgehen. Wir müssen mit der Zeit Schritt halten!

Die Bayerische Landesregierung sollte daher nicht den Weg gehen und mittels Rechtsverordnung für den Freistaat Bayern bestimmen, dass die Änderungen des Gesetzes zur Intensivierung des Einsatzes von Videokonferenztechnik in gerichtlichen und staatsanwaltschaftlichen Verfahren bis längstens 31. 12. 2017 ganz oder teilweise keine Anwendung finden. Diese Verordnungsermächtigung tritt zum 1. 1. 2018 ohnehin wieder außer Kraft.

Ein Videovernehmungszimmer in allen beteiligten Einrichtungen und die generelle „Bereitschaft“ der Beteiligten (von Amts wegen bzw. auf Antrag) könnten hier sehr viel an Kapazitäten für uns frei machen!

So könnte sich die bayerische Polizei wieder bzw. vermehrt ihren ureigensten Aufgaben widmen: Gefahrenabwehr und Schutz der Bevölkerung!

Werfen wir einen Blick auf den Status quo:

Stand 2015 gibt es in Bayern 5 JVA-en und 17 Gerichte (Oberlandesgerichte, Landgerichte und Amtsgerichte), welche mit dieser Technik ausgestattet sind. Leider sind aber nicht alle auf demselben technischen Stand. Angeblich befasst sich auch eine Arbeitsgruppe des Bayerischen Staatsministeriums der Justiz mit dieser Thematik. Dies wäre aus der Sicht der GdP Bayern jedenfalls sehr wünschenswert!

Aus polizeilicher Sicht könnten wir uns sehr gut vorstellen, dass sich ein Verband findet, welcher für ein Pilotprojekt zur Verfügung steht. Die Anschaffungskosten für ein entsprechendes Videosystem liegen pro Anlage bei ca. 13 000 Euro. Folgekosten für Wartungs- und Leitungskosten belaufen sich auf ca. 3500 Euro/Jahr.

Ein Probetrieb beim Polizeipräsidium Niederbayern mit dem Amtsgericht Deggendorf brachte bereits bei Verkehrsordnungswidrigkeitenverfahren ausreichend positive Erkenntnisse, um dieses Verfahren weiter voranzutreiben und auszubauen. Der „Deggendorfer Pilot“ funktionierte folgendermaßen: Die als Zeugen geladenen Kollegen erschienen am Verhandlungstag bei der Verkehrspolizeiinspektion Deggendorf, wo das Videovernehmungszimmer eingerichtet war. Sie wurden sodann je nach Bedarf durch den Richter bzw. die RichterIn in die Verhandlung mit zugeschaltet. Dies hat sich bewährt!

Die GdP Bayern hat den enormen personellen, zeitlichen und materiellen Aufwand des Vorführ- und Schubwesens bei der bayerischen Polizei schon lange erkannt. Die GdP Bayern wird diese Problematik weiterhin an den richtigen Stellen anbringen, zu einem ihrer Schwerpunkte machen und nichts unversucht lassen, Verbesserungen für unsere Beschäftigten herbeizuführen.

Es wird Zeit, dass sich die „Entscheider“ dieser Problematik bewusst werden und wir gemeinsam eine Lösung finden!

Herzliche Grüße

Andreas Holzhausen,
Vorsitzender der BG Niederbayern



Wertschätzung der Arbeitnehmer – NEIN



Unsere 40 000 bayerischen Polizeibeamten stehen laut Haushalt 4928,82 Stellen im Arbeitnehmerbereich gegenüber.

Der Beamte ist das Aushängeschild unserer Polizei, er

wird auf der Straße wahrgenommen und ist u. a. zuständig für die Aufrechterhaltung der Inneren Sicherheit. Um diesen Apparat „Polizei“ jedoch am Laufen zu halten, ist ein wenig mehr nötig. Unser Arbeitgeber setzt im Arbeitnehmerbereich allerdings unüberwindbare Hürden und

lässt Möglichkeiten für finanzielle Anreize erst gar nicht zu.

Wiederbesetzungssperre

Scheidet ein Arbeitnehmer aus, tritt die Wiederbesetzungssperre von drei Monaten in Kraft. Das heißt, ein Kollege oder eine Kollegin wird die Arbeit für mindestens drei Monate zusätzlich miterledigen müssen, um das Fehl ausgleichen zu können.

Sperre frei werdender Stellen

Aber anstatt die Anzahl der Arbeitnehmerstellen der immer höher steigenden Anzahl der Beamtenstellen anzupassen, werden in jedem Doppelhaushalt Stellen, vor allem in den niedrigen Entgeltgruppe gestrichen. Dies liegt begründet im Art. 6 b des Haushaltsgesetzes und rührt noch aus dem Jahr 2004. Hier wurden durch die durchgeführte umfassende Verwaltungsreform („Verwaltung 21“) die erheblichen Stelleinsparungen aufgestockt. Ebenso werden immer noch Stellen aufgrund der Arbeitszeitverlängerung im Arbeitnehmerbereich eingezo-gen (Art. 6 f).

Keine Umsetzung von Tarifvertragsregelungen

Das Bayerische Staatsministerium der Finanzen hat entschieden, von einigen Möglichkeiten im Tarifbereich keinen Gebrauch zu machen:

Zum einen müssten laut Tarifvertrag Arbeitnehmer nicht zwingend in der Stufe 1 eingestellt werden. Es gäbe hier die Möglichkeit, u. a. zum Ausgleich höherer Lebenshaltungskosten, ein ein bis zwei Stufen höheres Entgelt, ganz oder teilweise vorweg, zu gewähren. Zum anderen könnte Arbeitnehmern bei Leistungen, die erheblich über dem Durchschnitt liegen, die erforderliche Zeit für das Erreichen der Stufen 4 bis 6 jeweils verkürzt werden. Hier gäbe es Möglichkeiten, auch die Arbeit der Tarifler wertzuschätzen. Einige Bundesländer setzen diese Regelungen um und ermögli-

chen somit einen finanziellen Anreiz.

Zudem könnte der Freistaat Bayern auch für Arbeitnehmer eine sog. Leistungsprämie analog dem Beamtenbereich schaffen. Viele Kolleginnen und Kollegen arbeiten in Arbeitsgruppen und Sonderkommissionen mit. Da wäre es nur fair, wenn diese zusammen mit den Beamten für eine Prämie vorgeschlagen werden könnten. Für diese Möglichkeiten müsste ein zusätzliches Budget geschaffen werden, zu dem unser Arbeitgeber allerdings nicht bereit ist.

Keine Fördermöglichkeiten

Hier wird der Arbeitnehmerbereich leistungsmäßig total unterschätzt und nicht gefördert. Dies äußert sich bei den Höhergruppierungen in den vergangenen Jahren. Im Doppelhaushalt 2013/2014 waren dies 130, im Doppelhaushalt 2015/2016 nur noch 41 – und das für 4928,82 Stellen.

Der Polizeivollzugsbeamte könnte bei seinem Dienst entlastet werden, wenn die Verwaltungsvorgänge auf den Arbeitnehmerbereich übertragen würden. Der Dienst der Kolleginnen und Kollegen endet nun mal nicht nach dem Einsatz oder der Streifenfahrt. Danach beginnen die Verwaltungsaufgaben, bei denen vieles von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern übernommen werden könnte. Allerdings müssten hier mehr Möglichkeiten geschaffen werden, Stellen höherzugruppieren, denn Sachbearbeitertätigkeiten sind in der Entgeltordnung höheren Entgeltgruppen zugeordnet.

Da die bayerische Staatsregierung in ihrem Sicherheitskonzept eine Personalmehrung mit zusätzlichen Polizisten/-innen beschlossen hat, bleibt abzuwarten, ob auch der Arbeitnehmerbereich stellenmäßig angepasst wird. Die GdP hat hierzu ihre konkreten Forderungen eingebracht und hinreichend begründet.

**Die Polizei trägt nicht nur Uniform.
Mit kollegialen Grüßen
Eure
Kattl Peintinger**

REDAKTIONSSCHLUSS

Der Redaktionsschluss für die Ausgabe November 2016 ist am 29. September 2016. Zuschriften bitte an die Redaktion.



DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe: **Landesbezirk Bayern**
Internet: www.gdpbayern.de

Geschäftsstelle:
Hansastraße 17/II, 80686 München
Telefon (0 89) 57 83 88-01
Telefax (0 89) 57 83 88-10

Redaktion:
Thomas Bentele
Hansastr. 17
80686 München
Telefon (01 51) 58 54 47 04
E-Mail: redaktion@gdpbayern.de

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung
Ein Unternehmen der
Gewerkschaft der Polizei
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 38
vom 1. Januar 2016
Adressverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-639X



AUS DEM LANDESBEZIRK

GdP-Spitze zu Besuch beim PP Schwaben Süd/West

Die Belastungssituation im Polizeipräsidium Schwaben Süd/West bestimmte das Gespräch bei unserem Besuch am 9. 8. 2016 in Kempten. Der Polizeipräsident, Werner Strößner, berichtete umfassend über die Aufgaben, die das PP Schwaben Süd/West am Allgäu Airport Memmingerberg zu bewältigen hat. Neben den allgemeinen polizeilichen Aufgaben nach dem Luftsicherheitsgesetz sind auch die Fluggäste von Non-Schengen-Flügen einer polizeilichen Ein- bzw. Ausreisekontrolle zu unterziehen. Aufgrund eines Verwaltungsabkommens, das nach der Integration der bayerischen Grenzpolizei in die Landespolizei mit dem Bund geschlossen wurde, obliegt die Kontrolle der regionalen Flughäfen Nürnberg und Memmingerberg der Landespolizei.

Doch während in Nürnberg schon immer Personal für diese Aufgaben etatisiert zur Verfügung stand, musste beim PP Schwaben Süd/West, insbesondere bei der örtlich zuständigen PI Memmingen, erst einmal improvisiert werden. Die zusätzlichen Aufgaben mussten zunächst aus dem bestehenden Personalkörper erledigt werden. Mittlerweile hat die Dienststelle 19 Sollstellen zugewiesen bekommen. Diese reichen aber bei Weitem nicht aus. Derzeit nehmen die Non-Schengen-Flüge beständig zu. Die Kontrollen führen momentan die fachlich



V. l. n. r.: Peter Pytlík, LV Peter Schall, PP Werner Strößner, Thomas Bentele, Gerwin Bernhard

versierten Kolleginnen und Kollegen der PI Fahndung Lindau und PSt Fahndung Pfronten durch. Die Kontrollen machen hierbei ca. 15-20% der gesamten Tätigkeiten aus, Tendenz steigend.

Will man alle Aufgaben erledigen, ohne andere vernachlässigen zu müssen, würde man allein 52 Beamte am Flughafen benötigen. Berücksichtigt man die allgemeine Belastungs- und Personalsituation der bayerischen Polizei, erscheint die momentane Forderung des PP Schwabens Süd/West nach weiteren 16 Beamtinnen und Beamten ohnehin nicht überzogen.

Wir werden uns als GdP dafür einsetzen, dass diese 16 Sollstellen erstens auch tatsächlich zum PP Schwaben Süd/West kommen und zweitens bei der nächsten Personalzuteilung auch tatsächlich mit Personal ankommen. Eine Verteilung der Stellen nach Regionalproporz halten wir hier nicht für sinnvoll, da einer Überwachung der Schengen-Außengrenzen – und diese haben wir am Allgäu Airport – gerade in der aktuellen Lage höchste Priorität zugemessen werden muss.

Weiteres Thema waren noch die bevorstehenden Bau- bzw. Umbaumaßnahmen am Sitz des Präsidiums.

Thomas Bentele

Raumschießanlagen – Modernisierung läuft

Aufgrund von Meldungen aus Berlin über dort inzwischen geschlossene Schießstände der Polizei hat die GdP Bayern über unser Mitglied und MdL Prof. Dr. Peter Paul Gantzer eine Landtagsanfrage initiiert. Diese LT-Anfrage vom 7. 4. 2016 wurde nun von der Staatsregierung beantwortet und damit haben wir den aktuellen Sachstand:

Erkrankungen der Schießtrainer wie in Berlin sind bislang nicht bekannt geworden. Von den 44 bei der bayerischen Polizei betriebenen Raumschießanlagen sind bereits 27 mit einer modernen Verdrängungslüftung ausgestattet, bei allerdings

immer noch 17 Anlagen läuft noch die alte sogenannte Querstromlüftung. Allerdings sind im Haushalt bereits für elf Anlagen rund 65 Mio. Euro für Neu- bzw. Umbauten eingeplant, sodass binnen der nächsten fünf Jahre immerhin weitere neun Anlagen auf aktuellem Stand sind. Für weitere vier Anlagen sollen im DHH 2017/2018 sogenannte Planungstitel eingestellt werden.

Bis zur vollständigen Sanierung der Anlagen müssen die PE-Trainer Dosimeter tragen, um bei zu hoher Schadstoffkonzentration den Schießbetrieb unterbrechen zu können.

Auch wenn wir die Bereitstellung von weiteren Finanzmitteln durch den Landtag begrüßen, müssen wir kritisch feststellen, dass sich auch in diesem Bereich der bei den Baumaßnahmen aufgelaufene Investitionsstau rächt. Für aktuelle und moderne Polizeibauten, seien es nun Dienstgebäude, Werkstätten oder eben Schießstände, müssen an den tatsächlichen Bedarf angepasste Haushaltsmittel bewilligt werden.

Dafür setzt sich die GdP ein und führt entsprechende Gespräche im Landtag.

PSch



Alles schon mal dagewesen – nur nicht so schlimm!

Dienstlich bin ich raus. Gewerkschaftlich noch drin. Das ist halt so, weil ich 71 Jahre bin, mich 50 Jahre GdP geprägt haben, ich einen Sohn bei der Polizei habe und deshalb nicht ganz loslassen kann, obwohl es manchmal besser wäre.

Daher dachte ich mir, in einer Zeit unwälzender Veränderungen schreibst du mal zusammen, was dir immer wieder hochkommt und mal raus muss. Als Ruheständler ist es ungefährlich, weil ich keine Hemmungen mehr haben muss, die Gesellschaft und Polizei so zu sehen, wie sie sind und nicht so, wie es die sicherheits- und parteipolitische Opportunität verlangt. Ich beschränke mich hauptsächlich auf das Unbequeme, das mal angesprochen werden muss. Probleme brauchen klare Ansagen und bedürfen keiner langen Worte.

Es steckt doch irgendwie ein logischer Bruch in der Betrachtungsweise der Polizei. Auf der einen Seite hochgelobt und immer präsent, auf der anderen Seite massiv angegriffen. „Hosianna“ von denen, die für Recht, Sicherheit und Ordnung sind – „kreuzigt sie“ von denen, die Lust an Verfall und Untergang haben.

Ich erinnere an den G7-Gipfel in Elmau. Die Gegner arbeiten sich an der Polizei auf, die ein Sicherheitskonzept präsentierte, das voll aufgegangen ist und behaupten dann noch frech, die Sicherheitsdienste treten mit diesem Personalaufwand die Verfassung mit Füßen, weil sie keine Krawalle zuließen. Gleichzeitig fordern sie nach der skandalösen Silvesternacht in Köln mehr Polizeipräsenz. Das zeigt doch deutlich, dass bestimmte Gruppierungen der Polizei immer Fehlverhalten vorwerfen, so wie es gerade in die Landschaft und ihre Ideologie passt.

Und dieser Trend wird sich weiter fortsetzen und die Polizei wird zwangsläufig immer öfter in der Kritik stehen und überfordert sein, weil sie ja nicht nur für Querdenker da ist, sondern auch noch die Terrorlage und ihr Alltagsgeschäft (Kriminalität, Verkehr und Veranstaltungen) bewältigen muss.

Die Politik braucht sehr lange, den Schalter umzulegen. Erst als der Terror und das Flüchtlingsproblem angekommen waren, dachte man über Personal, Ausrüstung, Ausbildung (Sport, Schießen) nach. Die Politik lebte lange Zeit in dem Irrglauben, dass nach dem gewonnenen Kampf gegen die „Baader-Meinhof-Bande“ die innere Sicherheit ein Selbstläufer wäre und die Polizei Herr der Lage ist. Und das war nicht gut, wie man jetzt sieht. Dazu kommt noch, dass man

in der heutigen Zeit nicht mehr so genau zwischen innerer und äußerer Sicherheit unterscheiden kann und deshalb einer Zusammenarbeit mit der Bundeswehr nichts mehr im Wege stehen sollte. Ein antiquiertes Grundgesetz müsste meiner Meinung nach doch zu ändern sein. Ich kann mir nicht vorstellen, dass man im Terrorfall auf die Bundeswehr mit ihrer Logistik, Technik, Medizin oder Feldjäger und KSK so ohne Weiteres verzichten kann. Man muss ja auch nicht immer gleich an Bomben, aufmarschierende Bataillone, Düsenjäger oder Panzer denken.

Mit politischen Parolen wie „Wir schaffen das“, „europäische Lösung“, „besserer Schutz der Außengrenzen“ oder „Fluchtursachen bekämpfen“ alleine lässt sich die aktuelle Flüchtlingslage nicht schultern.

Viel zu viel Zeit wurde mit der Polizeireform verschwendet und viel zu viel Kraft vergeudet. Diese Reform war so überflüssig wie die Rechtschreibreform. Diese Reform sollte eigentlich Verbesserungen bringen. Vorteile brachten eigentlich nur die zentrale Einsatzsteuerung und der Kriminaldauerdienst. Das Mehr an Personal auf der Straße sucht man noch heute und die Verwaltungsvereinfachung hat nie stattgefunden. Die Reform führte nach und nach zu einem Entfremdungsprozess und weniger Bürgernähe, weil kleinere Dienststellen aufgelöst, zusammgelegt oder temporär geschlossen wurden. Der bei der Bevölkerung so beliebte „Schutzmann an der Ecke“, der „Sheriff vom Nibelungenviertel“ oder der „Poli von der Rathauskreuzung“ verschwanden und wurden vermisst. Alles Originale, die mit ihrer Lebenserfahrung, mit ihren praktischen Berufskennntnissen und einer Portion gesunden Menschenverstands für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung in ihrem Revier sorgten.

Da haben die digitalisierten Cybercops, die vor dem Bildschirm auf ihren ersten Burn-out warten, oder die fast bis zur Unkenntlichkeit hochgerüsteten Spezialkräfte und Einsatzleute (leider unverzichtbar geworden), oder die immer länger werdenden Hälse der Kriminalen, damit ihnen die auf den Schreibtischen gestapelten Vorgänge nicht über den Kopf wachsen, oder die im Streifenwagen vorbeirauschenden bürgerfremden Schichtler ganz andere Probleme, die ihrer Gesundheit schaden (Stress, Zeitdruck, Überstunden).

Aber warum sollte sich die Politik auch großartig für uns einsetzen? Sie

hören es doch tagtäglich: alles passt, genügend Personal, gute Arbeit, gute Leute, gute Statistiken, hohe Anerkennung, gute Bezahlung. Noch ein paar Worte zu den zwei großen „B“ – Beurteilung und Beförderung. Früher zählte mal deine individuelle Leistung als Gesamtwerk und auf Dauer. Heute entscheidet eine Beurteilung zur richtigen Zeit, ob du in den Himmel oder in die Hölle kommst. Also ein reines Personalsteuerungsinstrument (um Ausreden ist der Vorgesetzte nie verlegen, z. B. „Sie sind das nächste Mal dran“, sozialer Härtefall, Beförderung in letzter Periode, Quotenopfer usw.). Du bist vom Vorgesetzten abhängig und nicht von deiner Leistung (siehe Bundesliga/-trainer). Da nutzen auch Argumente nichts, Mitarbeitergespräche, die nicht stattfinden, oder Vorschriften, die keinen interessieren. Für mich passen Quotenregelung und Leistungsprinzip einfach nicht zusammen. Und das Beförderungssystem wird immer komplizierter. Keiner weiß mehr, wann er dran ist, weil sich ständig was ändert. Und es gibt Pechvögel und Glückspilze, die trifft es immer wieder. Du wirst entweder gut untergebracht oder unter Wert abgeschoben. Aber du sollst trotzdem hochmotiviert sein und tadellose Leistungen bringen. Viele Gruppen fordern jetzt, dass ihre Berufe aufgewertet werden. Bei uns dagegen geraten feste Werte ins Rutschen oder sollen ausgehebelt werden (Arbeitszeit, Dienstposten, Beförderung, Personalstärken).

Zum Schluss sei noch die Bemerkung erlaubt, dass bei besonderen Lagen jeder froh ist, wenn wir Tag und Nacht in den Stiefeln stehen. Im Alltagsgeschäft, das weniger anstrengend ist, brauchen wir elf Stunden Pause, die wir nicht wollen. Aber die Bürokraten wollen es. Wer hat bei uns eigentlich das Sagen?

Deshalb ist es Aufgabe der GdP, die Interessen der Kolleginnen und Kollegen gegenüber Politik und Dienstherr zu vertreten.

Günter Klinger,
Landesseniorenvorsitzender Bayern



AUS DEN BEZIRKEN

„Neuentstehung“ der JUNGEN GRUPPE (GdP) Mittelfranken

Im März dieses Jahres riefen wir die JUNGE GRUPPE (GdP) der BG Mittelfranken ins Leben. Ihren Anfang nahm sie bei den diesjährigen Vorstandswahlen. Hier wählten unsere Mitglieder gleich drei junge GdPler als Beisitzer in den Vorstand der BG Mittelfranken. Diese fingen auch sofort mit großem Tatendrang an, ihre neuen Aufgaben anzupacken. Nach einer intensiven Vorbereitung von mehreren Wochen fand am 11. 8. 2016 die erste offizielle Sitzung der „neuen“ JUNGEN GRUPPE (GdP) Mittelfranken, in Nürnberg statt. Wir begrüßten neben Marcel Roppel, dem Landesjugendvorsitzenden, auch Helmut Frey, den Vorsitzenden der BG Mittelfranken und seine Stellvertreterin Ulrike Rauskolb-Kunz. In der Sitzung diskutierten wir nicht nur aktuelle Problematiken, wie das Auswahlverfahren für den Aufstieg in die 3. QE oder Lösungen für die Beförderung zum PHM/Z, sondern auch die weitere Arbeit der JUNGEN GRUPPE (GdP) in Mittelfranken. Die Teilnehmer legten als oberste Prämisse den Netzwerkausbau innerhalb der eigenen Bezirksgruppe fest. Es ist unerlässlich, innerhalb jeder Kreisgruppe einen

kompetenten Ansprechpartner für die jungen Kolleginnen und Kollegen zu finden, so dass diese direkt über die neusten Informationen in Kenntnis gesetzt werden können. Des Weiteren sollen die Kreisgruppen-Vorstände durch entsprechende Beisitzer der JUNGEN GRUPPE (GdP) erweitert werden, damit das „junge Netzwerk“ gefestigt, aber vor allem ausgebaut werden kann.

Zum Abschluss besprachen wir neue Ideen für Präsentationen bzw. Veranstaltungen der JUNGEN GRUPPE (GdP). So wurde auch beschlossen, bei der kürzlich stattgefundenen Eröffnung des neuen Ausbildungsstandorts der Bundespolizei in Bamberg mit unserem Team vertreten zu sein. Im Juni fand bereits das alljährliche Beachvolleyballturnier am Brombachsee statt.



V. l. n. r.: Gloria Meyer, Helmut Frey, Julian Schmiedeknecht, Ulrike Rauskolb-Kunz, Tanja Enck, Marcel Beck, LJV Marcel Roppel, Florian Süß, Maximilian Semlinger, Christopher Wildner. Es fehlen: Kathrin Billmann, Steffi Reisenauer und Michael Zippel

Bei der Organisation und Durchführung halfen wir kräftig mit.

Wir – als JUNGE GRUPPE (GdP) – hoffen, dass wir die Interessen und Wünsche der jungen Kollegen gerecht vertreten können. Bei Problemen oder Fragen stehen wir euch als Ansprechpartner in eurer Kreisgruppe oder auf den Dienststellen immer zur Verfügung.

**Christopher Wildner,
PI Nürnberg-West**

HUNDERTSCHAFTSTREFFEN

50 Jahre 9. Hundertschaft in Würzburg, Einstellungsjahrgang 2. Oktober 1967 geplantes Treffen: Ende September/Anfang Oktober 2017
Vorgeseher Ort: Würzburg oder Umgebung
Genauer Zeitpunkt und Veranstaltungsort werden rechtzeitig in 2017 bekanntgegeben.
Bitte informiert auch die anderweitig bzw. nicht organisierten Kollegen!
Rückfragen, Rückmeldungen per E-Mail bzw. Telefon bitte an:
Harald FISCHER, 86657 GRAFING, Tel.: 0 80 92/3 13 20, E-Mail: harald.fischer@gmx.de
August HERING, 97342 SEINSHEIM, Tel.: 0 93 32/42 92, E-Mail: iffigheim@web.de
Walter HOYDEM, 96250 EBENSFELD, Tel.: 0 95 73/57 11, E-Mail: walter.hoydem@web.de

LESERBRIEF

Liebe Redaktion,
das DP Landesjournal September empfand ich wegen der gegliederten Darstellung mit Zwischenüberschriften beim Artikel „Schwierige Zeiten für die bayerische Polizei“, die eine informative Zusammenfassung aktueller Ereignisse darstellt, als besonders gelungen.

Auch den Beitrag von Markus Schirmer „Nachfolger gesucht“ möchte ich besonders ansprechen, weil darin eine positive Grundeinstellung zu erkennen ist, mit der er außerdem anspricht, wie es gehen könnte, sich selbst und andere in unsere ehrenamtliche Arbeit einzubringen. Insbesondere gefallen hat mir dabei die Sichtweise, dass es überall talentierte und ideenreiche künftige GdPler gibt, die nur entdeckt zu werden brauchen. Einfach den Beitrag nochmal lesen - er verdient es.
Werner Brandl



100 % mehr Auszubildende! Schaffen wir das?

Momentan überschlagen sich die Ereignisse! Ansagen, Ergebnisse aus Machbarkeitsstudien und politische Aussagen: „2000 neue Stellen geschaffen!“ „Aufstockung der Ausbildungsseminare!“, „Jedes Jahr zusätzlich 500 neue Polizisten!“ Zusätzlich wozu? Eines steht fest: Soll die Polizei weiterhin in der Lage sein, die innere Sicherheit aufrechtzuerhalten, dann muss die personelle Mehrung schnellstmöglich umgesetzt werden.

Ganz wesentlich sind dabei die Auswirkungen auf die Bereitschaftspolizei. Größere Ausbildungsseminare und davon viel mehr. Wohin mit den Auszubildenden, wo doch in den Abteilungen in den letzten Jahren die Grenze des Machbaren ständig aufs Neue ausgereizt wurde? Und vor allem, wer soll sie unterrichten und ausbilden? Wie viele Qualitätsstandards werden nicht mehr zu halten sein? Was passiert, wenn die „Monsterwelle“ vorübergezogen ist?

Der Öffentlichkeit wird als Reaktion aufgrund der brisanten Lage durch die bei uns im Land angekommenen Anschläge verkauft, dass der inneren Sicherheit durch mehr Personal bei der Polizei Rechnung getragen wird. Das entspricht aber so nicht ganz der Realität: Der Hauptgrund für die „Stellenmehrung“ ist die lange und sehnsüchtig erwartete Reaktion auf den offensichtlichen Personalmangel bei den Einzeldienststellen – und auch das nicht erst, seitdem klar wurde, dass nicht einmal die Ruhestandsabgänge durch die ursprünglich geplanten Neueinstellungen ausgeglichen werden können. Wir alle

wissen, die „zusätzlichen“ Stellen sind primär nicht die Folge der Ereignisse in München, Würzburg und Ansbach! Egal, wo es herkommt, das Problem ist auf dem Tisch. Das WIE muss geklärt werden und es beschäftigt uns alle.

An keinem Kollegen geht es spurlos vorüber. Egal, ob er den Personalmangel persönlich spürt, z. B. durch viele Überstunden – ob er als Ausbilder gefordert ist, z. B. beim Unterrichten von größeren Klassen – oder ob er als Vorgesetzter Lösungen finden muss, „wohin mit den Seminaren und woher das Stammpersonal nehmen?“

Uns als GdP beschäftigt die Frage des Umgangs, der Folgen für die Kollegenschaft und vor allem, ob die „Notsituation“ möglicherweise das Ausklammern von bewährten Standards rechtfertigt. Positiv dabei stimmt, dass vonseiten vieler verantwortlicher Stellen das deutliche Signal kommt, dass Ausbildungsstandards und Transparenz nicht leiden dürfen! Die modulare Ausbildung soll, so wie sie ist, erhalten bleiben. Die Landespolizei bestätigt die hohe Qualität der Ausbildung und bejaht, dass die praxisnahe Ausbildung die jungen Polizisten zu sofort einsetzbaren, fast vollwertigen Kolleginnen und Kollegen macht. Als Gewerkschaft müssen wir auch weiterhin eingebunden sein in die Frage der Unterbringung von so vielen zusätzlichen Auszubildenden und in die Frage der Verwendung unseres Stammpersonals.

Containerlösungen sind angesichts der modernen Elemente durchaus bewährt und nicht die schlechteste Varian-

te, aber inwieweit beeinträchtigen sie die Kapazitäten an den Standorten, an denen sie aufgestellt werden? Was passiert mit dem Stammpersonal, wenn ortsferne Objekte als Unterkünfte und Lehrstätten hergenommen werden? Wie werden Stammpersonal mit Kollegen aus dem Einzeldienst gemischt, damit Lehrwissen und Erfahrungen einfließen können? Wer darf wohin und für wie lange abgeordnet werden – gegen seinen Willen?

Dass wir zusammenrücken müssen, ist klar, aber wir alle wollen eingebunden und informiert werden in und über die Entscheidungen für das WIE. Und es darf nicht sein, dass jetzt für diese Aufgaben angeworbene, weil benötigte Kolleginnen und Kollegen nachher auf der Strecke bleiben!

2000 zusätzliche künftige Polizistinnen und Polizisten, das kann keine Aufgabe sein, welche die Bereitschaftspolizei alleine meistern wird und kann. Eine nahezu Verdoppelung der Auszubildendenzahlen bei jetzt vorhandenem Ausbildungspersonal ist unmöglich! Wir brauchen die personelle Unterstützung anderer Polizeiverbände. Wir brauchen zusätzlich Tarifbeschäftigte für unsere Küchen, Werkstätten, Schneidereien etc. Wir brauchen aber auch die entsprechende Gesamtlogistik (Ausbau der Küchenkapazitäten, Schießanlagen, Fahrzeuge, Einsatzanzüge etc.), um diese zukunftsweisende Aufgabe überhaupt zu bewerkstelligen. 100% mehr Auszubildende – nur gemeinsam und nicht als BePo alleine werden wir das schaffen!

Manfred Butz

KG Rottal-Inn fährt wieder zum Gäubodenfest



Auch oder gerade besonders wegen des Jahrtausendhochwassers im Landkreis Rottal-Inn entschloss sich die Vorstandschaft der Kreisgruppe Rottal-Inn,

etwas Abwechslung für die Kolleginnen und Kollegen anzubieten und wieder zum Gäubodenfest, dem zweitgrößten Volksfest in Bayern, zu fahren. Dieses Angebot nahmen zahlreiche Kolleginnen und Kollegen der Dienststellen in Eggenfelden, Landau, Pfarrkirchen, Pocking und Simbach a. Inn und deren Partner gerne an, sodass man am Nachmittag des 14. August gut gelaunt mit dem Bus Richtung Straubing fuhr. War die Stimmung im Bus schon sehr gut, wurde die Stimmung im Lechner-Zelt durch die Band und auch durch das schöne Wetter und die damit verbunde-

nen Temperaturen angeheizt. Wer etwas Abkühlung oder Nervenkitzel suchte, fand auf dem Festgelände zahlreiche Fahrgeschäfte, wie z. B. den ca. 80 m hohen Skyfall-Freefalltower, den sich manche Kollegen nicht entgehen ließen. Zu später Stunde wurde die Heimfahrt wieder angetreten, bei der sich so mancher Kollege als wahrer Schlagersänger entpuppte. Auch im nächsten Jahr ist wieder eine Fahrt zum Gäubodenfest geplant, zu der jetzt schon wieder alle Kolleginnen und Kollegen herzlich eingeladen sind.

Christian Danzer



Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

die Gewerkschaft der Polizei, Landesbezirk Bayern, bietet ihren Mitgliedern über ihre **GdP Service GmbH** neben den gewohnten gewerkschaftlichen Leistungen auch laufend handfeste wirtschaftliche Vorteile an.



Unsere Bereiche für die aufgeführten Marken sind:

Automobile

BMW und Mini, Fiat, Jeep, Alfa Romeo und Abarth

Gesundheit

HAD Internet-Apotheke, CARE VISION Augenlaserkorrekturen

Touristik

GdP-Touristik Reisebüro mit Reisekostenzuschuss für GdP-Mitglieder

Kommunikation

Vodafone, sky

Energie

BayWa Heizöl und Pellets

Bekleidung

adidas und Herstellerverkauf

Freizeit

LEGOLAND®, SEALIFE, Wonnemar-Bäder; Internationale Polizeiskimeisterschaften

Shop

Led Lenser Taschenlampen, Leatherman, Polizei-Einsatztasche, Büroartikel

Werbemittel

Polizei-Fliegenklatsche, USB-Stick, Zettelklotz, Schnuller, Taschentücher, Servietten usw.

Versicherung

PVAG Polizeiversicherungs-AG

Da wir unsere Angebote und unser Sortiment ständig ausbauen, könnt Ihr die neuesten Infos auf unserer Homepage einsehen unter: **www.gdp-servicegmbh.de**.

Wenn Ihr uns persönlich erreichen möchtet, findet Ihr unten unsere Kontaktdaten.

Wir freuen uns auf Euch!



Jeep



CARE VISION
AUGENLASERKORREKTUREN



sky



adidas



LEGOLAND
DEUTSCHLAND



LED LENSER

LEATHERMAN

SIGNAL IDUNA

PVAG Polizeiversicherungs-AG
Das Gemeinschaftsunternehmen
der GdP und der SIGNAL IDUNA Gruppe

Die GdP Service GmbH tritt hierbei nicht als Verkäufer sondern als Vermittler zwischen den GdP-Mitgliedern und den jeweiligen Anbietern auf. Alle verwendeten Logos sind urheberrechtlich durch die Markenrechtsinhaber geschützt.



ELFRIEDE GRILLO
VERTRIEBSLEITUNG
Telefon: 0 89 / 57 83 88 - 28
grillo@gdp-servicegmbh.de

ALEXANDER BASCHEK
GESCHÄFTSFÜHRUNG
Telefon: 0 89 / 57 83 88 - 20
baschek@gdp-servicegmbh.de

ANDREA KORSCH
BÜROLEITUNG
Telefon: 0 89 / 57 83 88 - 22
korsch@gdp-servicegmbh.de

GdP Service GmbH · Alexander Baschek · HansasträÙe 17 · 80686 München
info@gdp-servicegmbh.de · www.gdp-servicegmbh.de · AG München HRB 52132

AUS DEN BEZIRKEN

Mit der Bezirksgruppe Niederbayern und Signal Iduna gewinnen



In der Wahlzeitung der Bezirksgruppe Niederbayern zu den Personalratswahlen 2016 war für den Bereich des PP Niederbayern ein Rätsel eingebaut. Dieses wurde von unserem Kooperationspartner, der Signal Iduna, freundlicherweise mit Amazon-Gutscheinen in verschiedenen Staffellungen als Gewinn unterstützt. Der Verkaufsleiter der Signal-Iduna-Gruppe, Herr Mario Mager, übernahm die Verlosung und übergab dem Bezirksgruppenvorsit-

zenden Andreas Holzhausen die Gutscheine, welche an die glücklichen Gewinner übergeben wurden.

